

Correspondent

Erste
Mittwoch, Freitag,
Sonntag.
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark

XXXI.

Leipzig, Sonntag den 22. Oktober 1893.

№ 123.

Für die

Monate November und Dezember

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den *Corr.* zum Preise von 67 Pfennig entgegen. Unsere Leser und Freunde sind gebeten, die Nichtabonnenten auf vorstehendes zu verweisen.

Tiefer hängen

wollen wir trotz aller begreiflichen Abneigung die vom 14. Oktober datierte Agitationsnummer des „Typograph“, eine Schmähchrift auf den Verband der Deutschen Buchdrucker, welche anders als mit Handschuhen anzufassen jeder propere Mensch sich hüten möge.

In niedrigst demagogischer Weise bemüht sich das nicht weniger als 14 Kolonnen umfassende und in großer Auflage unter die Kollegen ausgestreute Pamphlet den Verband zu verlästern und auf diese unwürdige Art für den „Gutenberg-Bund“ in spe Anhänger zu werben. Daß hierbei geradezu beleidigend auf eine starke Unwissenheit oder mindestens hochgradige Vergesslichkeit der Buchdruckergehilfen spekuliert wird, dürften die Leser aus nachfolgenden Ausführungen schnell erkennen.

Zuerst finden es die Herausgeber des Blattes für erforderlich, die treibenden Elemente des zu schaffenden Antiverbandes gegen den Vorwurf, sie seien „Prinzipalsagenten“ zu verteidigen. Schon diese Thatsache sagt sehr viel. Sie räumt ein, daß das Thun und Treiben jener Herren Faktoren einem den Arbeitgebern auf Kosten der Gehilfen zu verschaffenden Vorteile so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Und was sonst ist denn das Vorgehen der Antreger eines sogenannten „Gutenberg-Bundes“ anders als ein einziger, augenfälliger Beweis der Arbeit für die Interessen der Prinzipale?! Was wollen sie anders als die Gehilfenschaft zersplittern, eine Aufgabe, mit der sich die Prinzipale seit über zwei Jahrzehnten erfolglos abmühten und die sie nun vertrauensvoll ihren Helfern, diesen Auch-Gehilfen überlassen. Welcher Preis könnte für das Gelingen einer Teilung der Gehilfenschaft zu teuer sein?! Wäre es dann doch so ungeheuer leicht, die schlechtesten Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, würde die Gehilfenschaft damit doch gänzlich unfähig gemacht, ihre Lage zu verbessern! Mit jedem dem Verbannde weggekaperten Gehilfen hält man die Füllung der zur Erstrebung günstigerer Arbeitsbedingungen bestimmten Verbandsklasse um etwas auf, jener Klasse, die den gehilfenfeindlichen Prinzipalen soviel Kopfschmerzen verursacht, daß sie nach eigener Aussage schon deshalb den letzten Ausstand provozierten, um sie zu leeren.

Ob nun, was sich natürlich nicht beweisen läßt, die führenden Elemente des geplanten Antiverbandes besoldete Prinzipalsagenten sind oder freiwillige, oder ob sie die Augen auf sich lenken wollen, um günstige Stellen zu ergattern, das ist gleich; jedenfalls besorgen sie mit dem

von ihnen in die Gehilfenschaft zu treibenden Keile aufs beste die Geschäfte der Prinzipale.

Oder ist es redlich gehandelt, wenn „Gehilfen“ den um die Hebung der Gehilfeneristenz beispiellos verdienten Verband fanatisch besessen und noch dazu in einer Periode, wo ihm die Unternehmer mit dem Uebermuth der „Sieger“ alle möglichen Verluste beizubringen suchen? Ist solch feiges In-den-Rücken-fallen von Leuten, die sich „Kollegen“ nennen, auf rechte Weise zu erklären? Würden die Prinzipale den Verband verfolgen und seine Vernichtung mit allen Fasern herbeisehen, sofern er nicht die Interessen der Gehilfen förderlich und nachhaltig wahrnähme, würden sie dagegen die Antiverbands-Bewegung häßfeln, wenn diese nicht zu ihren gunsten gediehe?

Aber unsere unnatürlichen Widersacher, die Auch-Gehilfen sagen, der Verband huldige dem Prinzip „Biegen oder brechen“, bloß durch Streik „suche“ er — und das Wort „suche“ setzen sie, als hätte der Verband noch nichts erungen, in Gänsefüßchen — etwas zu erreichen, sie aber wollten „im Einvernehmen mit den Prinzipalen“ Besserung erzielen. Frischweg behaupten sie auch, der Verband sei es gewesen, der die Tarifgemeinschaft, soll heißen das Mitbestimmungsrecht der Gehilfen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgegeben habe.

Das sind die ersten Punkte, worin sie dreist auf die Unwissenheit oder Vergesslichkeit der Kollegen spekulieren!

Allezeit in seinem 28jährigen Bestehen hat der Verband die Einigung dem Kampfe vorgezogen und dieser Wunsch wird ihn auch in Zukunft leiten. Geringer sind ihm niemals die vereinbarten Aufbesserungen überall freiwillig gewährt worden, vielmehr hat ihre Ein- und Durchführung stets hunderttausende Mark gekostet. Darum ist es eine Fünkerei, den Nichtverbands-Kollegen glauben machen zu wollen, es bedürfe nur freundlicher Unterhaltungen mit den Prinzipalen, um Lohnerhöhungen u. dergl. zu erreichen. Tarifzahlende Prinzipale haben aus Konkurrenzgründen mehr als einmal verlangt, daß die Gehilfen solche Prinzipale, die unter dem Tarife zahlen, zu seiner Bezahlung anhalten — was eben nur durch eventuelle Arbeits-einstellung geschehen kann. Selbst Mitglieder des Berliner Nichtverbandsvereins muhten, wie der „Typograph“ in der gleichen Nummer berichtet, die Arbeit in einer Dffizin einstellen, weil der Prinzipal ihre gewiß bescheidenen Forderungen abwies, ebenso rühmt der „Typograph“, daß der Berliner Nichtverbandsverein seine Mitglieder aus Nichttarifdruckereien in Tarifdruckereien untergebracht habe. Woher aber sind die Tarifdruckereien gekommen? Durch die Opfer und Kämpfe des Verbandes! Im „Einvernehmen“ einen Lohnsatz festzusetzen, heißt mit dem von den Prinzipalen gebotenen Wenigen sich begnügen. Die Differenzen beginnen stets

an der Grenze Desjenigen, was die Prinzipale glauben zahlen, und dem, was die Gehilfen zu beanspruchen gezwungen sind, um menschenwürdig leben zu können. In dieser Beziehung macht fast jeder einzelne Gehilfe allwöchentlich bei der Lohnabrechnung mit seinem Arbeitgeber böse Erfahrungen.

Es ist also bewußte Unwahrheit, daß die Gehilfenlage im allgemeinen „Einvernehmen“ gehoben werden könne.

Frech ist es, wenn im fernern wie erwähnt die Artikelschreiber des „Typograph“ durch das in Gänsefüßchen gesetzte „sucht“ die für die Besserstellung der Kollegenschaft zu verzehrenden Erfolge des Verbandes anzuzweifeln wagen. Im Jahr 1868 hat der Verband die regelmäßige Sonntagsarbeit abgeschafft, 1869 bis 1872 in hunderten von Druckorten Tarifierhöhungen durchgesetzt, 1873 in heldenhaftem Kampfe eine Massenausperrung durch die Prinzipale siegreich überwunden und den allgemeinen Tarif mit zehnstündiger Arbeitszeit — bisher 11 und 12 Stunden — und der Alphabetberechnung errungen (bei der bis dahin üblichen n-Berechnung bewerkstelligen absichtlich anormal dick gegossene n, daß weniger Buchstaben in die Zeile gingen), 1876 und 1878 bemuhten die Prinzipale die wirtschaftliche Krisis zu Tarifreduzierungen — famose Illustration zu dem gebenebeiten „Einvernehmen“ —, 1886 konnte der Verband den Gehilfen auf dem Wege des „Einvernehmens“, d. h. der Vereinbarung, eine 6 $\frac{2}{3}$ prozentige Lohnerhöhung wiedergewinnen, nicht ohne daß sich die Prinzipale von Rheinland-Westfalen und vieler anderen Orte weigerten, den geringen, durch ihre Vertreter beschlossenen Aufschlag zu zahlen, wodurch eine Reihe von Arbeits-einstellungen nötig wurden, welche die Gehilfen eine halbe Million kosteten, 1888 folgt bereits wieder eine Reduktion mittels des „Einvernehmens“, 1889 trotz der Verband für die größeren Druckstädte eine fünfprozentige Lokalzuschlagserhöhung ab, die gleichzeitig beiderseits beschlossene „Stettiner Resolution“, mit der die Lehrlingszucht eingedämmt werden sollte, wird nach einer feierlichen Abmachung, sie im Oktober 1890 in Wirkung treten zu lassen, von den Prinzipalen unter Wortbruch schmählich beiseite geworfen. Als hierdurch wieder die lang erwartete Aussicht, die Lehrlingszucht, diese Quelle der Arbeitslosigkeit zu verstopfen, vereitelt ist, da rafft sich die Gehilfenschaft auf und fordert neunstündige Arbeitszeit, um auf diesem Wege das riesenhafte angechwollene Heer der Arbeitslosen unterzubringen. Sogar eine halbe Stunde Arbeitszeitkürzung verweigern die zum „guten Einvernehmen“ versammelten Herren. Sie bieten unter höhnischen und widersinnigen Modalitäten für einen Teil der Gehilfen 7 $\frac{1}{2}$ Proz. Lohnerhöhung. Die organisierte Gehilfenschaft, nicht gewillt, für eine Schikane abermals hunderttausende auszugeben, lehnt das Danaergeschenk empört ab. Man hatte ja auch nicht für die in Ar-

beit stehenden Gehilfen egoistisch Lohnerhöhung bezweckt, sondern Arbeit und Brot für die Arbeitslosen. Streift nun aber, nachdem das „Einvernehmen“ so schrill gescheitert ist, „der Verband“? Durchaus nicht. Er empfiehlt den Gehilfen besonnen, weiter zu arbeiten, bis bessere Zeiten kommen. Da sperren die Prinzipale in zwei Wochen 500 Verbandsmitglieder aus — Ofizin auf Ofizin räumen sie. Jetzt muß der Fehdehandschuh aufgenommen werden, leider geht der Kampf aber wegen der Teilnahmlosigkeit eines Teiles der Gehilfen und infolge der unanständigen Kampfmittel der Prinzipale, die bis hoch hinauf mittels falscher Denunziationen die Behörden für sich engagieren, verloren. Beim „Friedensschlusse“ wird der alte Tarif zwischen Prinzipalen und Gehilfen für fernere Zeit bestätigt, ruhig und still gehen die Gehilfen zur Arbeit, weit und breit herrscht das „Einvernehmen“, doch — kein Jahr vergeht und die Prinzipale haben ihre momentane Uebermacht unter abermaligem Wortbrüche zu einer einseitigen Tarifreduktion — der vierten in 15 Jahren! — benutzt!

So sieht das „Einvernehmen“ aus — wie anders dagegen die unverkämmt angezeifelsten Erfolge des Verbandes! Bevor der Verband, um obige Forderungen zur Geltung zu bringen, zu Machtmitteln griff, sind freundliche Gesuche bei den Prinzipalen nie gepart worden — daß alles Jureden nichts half lehren die auf mehrere Millionen bezifferten Ausgaben, die der Verband für die Einführung des vereinbarten Tarifs in 20 Jahren aufbringen mußte, wie er für Unterstützungszwecke überhaupt an die 10 Millionen in der Zeit seiner Thätigkeit verausgabt hat. Dr. Gerstenberg, ein Hildesheimer Prinzipalssohn, weist in seiner über das Buchdruckgewerbe jüngst veröffentlichten Schrift („Die neuere Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes in statistischer und sozialer Beziehung“, Jena, G. Fischer) nach, daß der Lohnsatz von 1848 an, bis wohin er stillstand, erst gestiegen ist und beziffert denselben nach seinen Forschungen auf: 11,35 Pf. pro Stunde in den 1830er Jahren, 14,7 Pf. von 1849 bis 1858, 35,92 Pf. nach 1873 und 42,18 bis 44,85 Pf. die Stunde gegenwärtig. Und er wirft die Frage auf: „Woher die Steigerung des Arbeitslohnes?“ und findet hierfür folgende Antwort:

„Daher, daß in jener Sturm- und Drangperiode auch in den Buchdruckarbeitern das Gefühl des Zusammengehörens, der Kollegialität wieder lebendig wurde. Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit ihrer Interessen führte die Arbeiter aus allen Gauen des Vaterlandes zusammen und machte sie in dieser Vereinigung stark. Und der Schritt zur nationalen Vereinigung hatte, man könnte sagen auf der Stelle auch die greifbarsten materiellen Erfolge. Das Gewicht der Vereinigung, die Wirkung der Organisation der Arbeiter ist es, die sich in der Lohnsteigerung von 1848 an ausdrückt.“

So anteilt der gelehrte Sohn eines Prinzipals über die Erfolge des Verbandes — mögen die Buch-Gehilfen sich vor dem einwandfreien Zeugen schämen! Es war nicht des Verbandes Schuld, wenn er seine Erfolge zumeist erkämpfen mußte, dieses Faktum beweist nur, daß durch Komplimente nichts zu erreichen ist.

Stetiger Dreistigkeit entspringt die Behauptung, der Verband hätte die Tariftgemeinschaft, bezw. das Mitbestimmungsrecht in Lohnfragen aufgegeben. Diese Lüge begnügen wir uns kurz mit einem Hinweis auf Nr. 23 vom 2. Juni 1892 des offiziellen Prinzipalsorgans, der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, zu zerstreuen, worin jeder der es will amüßlich lesen

kann: daß die **Prinzipale** die Tariftgemeinschaft auflösen, weil sie die gewählten Gehilfenvertreter nicht anerkennen mögen, da dieselben nicht nach ihrem Sinne seien. Sie hatten nämlich vorher eine Wahl von „Gehilfen“, die in „ihrem Sinne“ (siehe das in Nr. 51 vom 1. Mai des Corr. abgedruckte Zirkular) abstimmen würden, zu erzielen versucht, ihre Kandidaten waren aber von der Gehilfenschaft glänzend heimgeschickt worden. (Schluß folgt.)

Politische und Gewerkschaftsorganisation.

Dem Berichte des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an den Kölner Parteitag entnehmen wir unter Weglassung einer unwesentlichen Vorbemerkung folgende Darlegungen:

... Ähnlich sieht es mit dem Verlangen, die Parteipresse möge die Gewerkschaftsbewegung mehr unterstützen und sie nicht nur „wohlwollend dulden“. Wer unsere Parteipresse kennt, der wird den Vorwurf, der in diesen Sätzen steckt, einfach nicht verstehen. So lange wir eine sozialdemokratische Presse in Deutschland haben, ist dieselbe stets mit Wärme für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von derselben unterstützt worden. Allerdings haben unsere Presseorgane auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß über dem Kämpfen und Streben um bessere Arbeitsbedingungen die letzten Ziele der sozialdemokratischen Bewegung: Die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Umwandlung der Produktionsmittel aus kapitalistischem in gesellschaftliches Eigentum nicht vergessen werden dürfen. Die Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf dem Arbeitsmarkte bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer davor zurückzuführen, ihr soziales Uebergewicht schrankenlos zu mißbrauchen — das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Druck der Kapitalherrschaft endgültig zu befreien, diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumutung, aus „taktischen Rücksichten“ das Aussprechen dieser Wahrheiten zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Verumpfung anheimfallen soll.

Wenn die Gewerkschaftsorganisationen zur Zeit relativ schwach sind, so liegen die Gründe dafür sehr nahe. Zunächst ist die Thatfache ins Auge zu fassen, daß die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes von entscheidendem Einfluß auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Die Zeit der Gründerperiode, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwunge brachte uns eine, im Verhältnisse zur Ausdehnung der sozialdemokratischen Partei sehr starke Gewerkschaftsbewegung. Mit dem Eintritte des „Kraachs“ und seiner Folgen ging aber die Gewerkschaftsbewegung zurück, während die Parteiorganisation in den Jahren nach der Vereinigung auf dem Kongreß in Gotha sich immer mehr ausbreitete. Das Sozialistengesetz gehörte die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Trotz der brutalen Polizeiherrschaft unter Bismarck brachte der bessere Weltzustand zu Anfang der achtziger Jahre wieder ein Ausblühen der Gewerkschaftsbewegung („Berliner Arbeiterbewegung“, Fachvereine usw.) und damit eine ganze Reihe von Arbeitseinrichtungen. Mit der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte ging auch die gewerkschaftliche Bewegung wieder zurück. Es ist eine Erscheinung, die sich immer und überall wiederholt, daß mit dem Beginn einer Lohnbewegung die indifferenten Arbeitermassen in großen Scharen den gewerkschaftlichen Organisationen zufließen, daß deren Reihen sich aber wieder lichten, sobald die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und die Aussichten auf Erfolge durch ein gewerkschaftliches Vorgehen schwinden. Es macht sich dieser Wechsel im Zu- und Abgange bei uns um so stärker bemerkbar, als die staatliche Organisation der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsversicherung usw.) den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Mittel nimmt, die indifferenten Mitglieder an ihre Kassen zu fesseln.

Wenn nach dem letzten gewerkschaftlichen Aufschwunge der Rückgang ein unerkennbar stärker sein soll, so lassen sich dafür verschiedene Ursachen anführen. Zunächst darf nicht vernachlässigt werden, daß die schweren Niederlagen, welche die Arbeiter gelegentlich der Frage der Walfelder 1890 in Hamburg, dann bei der großen Ausschließung der Tabakarbeiter ebendortselbst, bei dem Streik der Buchdrucker und dem Kohlenarbeiter-Ausstand im vorigen Jahre erlitten haben, der Gewerkschaftsbewegung starken Abbruch thaten. Die indifferente Masse läßt sich durch den Mißerfolg ebenso leicht abschrecken, als der Erfolg anseuernd auf dieselbe einwirkt. Es kommt noch dazu der rücksichtslose Druck-

welcher nach den Niederlagen der Arbeiter von dem Unternehmertum in Privat- und Staatsbetrieben ausgeübt wurde, um die Arbeiterorganisationen vollständig zu vernichten. Ein Beispiel, das dort, wo die Arbeiterherrschaft noch nicht in den Bannkreis der sozialdemokratischen Ideen gezogen ist, wie z. B. im Saarrevier, bis zu einem gewissen Grade charakteristisch gelungen ist. Zum Lohn auf das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht sind dort die auf den staatlichen Grund und Worten beschäftigten Arbeiter bei Verlust der Arbeit und der durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Kassenrechte gezwungen worden, aus dem Rechtsschutzverein auszutreten, infolgedessen diese nicht sozialdemokratische Organisation vollständig vernichtet und das Vereinsorgan zum Eingehen gezwungen worden ist. Für die bekannte Aeußerung, daß die preussischen Staatsverwaltungen zu Musteranstalten für die Arbeiter ausgebildet werden sollen, ist das Vorgehen der Staatsverwaltung im Saarrevier eine recht charakteristische Illustration. Dasselbe ist ein ebenbürtiges Seitenstück zu dem Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse, das gelegentlich der Agitation für die Walfelder 1890 zwischen dem Unternehmertum und einzelnen preussischen Ministern geschlossen wurde und als „Kühnemann & Co.“ im Reichstage gelegentlich der Beratung der sogenannten Arbeiterschutz-Vorlage 1891 für alle Zeiten an den Pranger gestellt wurde.

Aber auch der Jahre lang fortgesetzte, häufig nur in persönlicher Rivalität wurzelnde Streit um die beste Organisationsform in den Gewerkschaften hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Kadres derselben zu stärken.

Es ließe sich noch mancher Grund anführen, der zur Erklärung des nicht befriedigenden Standes der Gewerkschafts-Organisationen dienen könnte, wir glauben aber, die bereits vorgeführten genügen, um zu beweisen, daß nicht das mangelnde Wohlwollen leitens der Partei und ihrer Presse den Rückgang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschuldet hat.

Im übrigen ist der behauptete Rückgang der Gewerkschaftsbewegung im Verhältnisse zu ihrem früheren Stand und auch im Verhältnisse zur Zahl der organisierten, d. h. politischen Vereinen angehörenden Parteigenossen nur sehr mit Vorbehalt zuzugeben. Für jeden, der mit den inneren Verhältnissen der Gewerkschaften und der politischen Partei vertraut ist, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder weit die der organisierten Parteigenossen übersteigt. Wenn deshalb in letzter Zeit in den gewerkschaftlichen Versammlungen und in einzelnen Fachorganen vielfach die Forderung gestellt wird: es sei Pflicht jedes Parteigenossen, der Gewerkschaft seines Berufs anzugehören, so ließe sich unbeschadet mit viel mehr Recht die Forderung unterbreiten: Gewiß gibt es organisierte Parteigenossen, welche keiner Gewerkschaft angehören, aber sie bilden Ausnahmen, in der Regel ist der politisch organisierte Parteigenosse auch Mitglied seiner Gewerkschaft. Wäre das Gleiche bei den Angehörigen der Gewerkschaften in bezug auf die Parteimitgliedschaft der Fall, die Zahl unserer organisierten Genossen müßte an manchen Orten und besonders in den großen Städten um das drei- und vierfache — wenn nicht mehr — steigen. Den Grund dieser Erscheinung in gegenseitiger Abneigung oder in der Unterschätzung des Wertes und der Wichtigkeit der beiden Organisationsformen zu suchen, wäre freilich verfehlt. Die Ursache ist vielmehr in den allermeisten Fällen in der bedrückten sozialen Lage der betreffenden Genossen zu suchen, welche ihnen nicht erlaubt, neben den Prämien für Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung, den direkten und indirekten Staats- und Gemeindefeuern, noch Beiträge für politische und gewerkschaftliche Organisationen und Presseorgane zu zahlen.

Was nun den Rückgang der Gewerkschaften in den letzten Jahren betrifft, so wird, relativ genommen, derselbe aus den angeführten Gründen wohl statgefunden haben, absolut betrachtet zeigt aber auch die Gewerkschaftsbewegung von heute genau dasselbe gewaltige Wachstum, das die politische Arbeiterbewegung im Verhältnisse zu ihrem Stande vor dem Erlasse des Ausnahmegesetzes aufweist.

Die Zahlen von zwei statistischen Aufstellungen über die Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung, von denen die eine im Jahr 1877 durch den verstorbenen Genossen August Geib aufgenommen und im „Pionier“ Nr. 4, 2. Jahrgang, am 26. Januar 1878 und die andere von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahr 1891 im Korrespondenzblatte Nr. 13, 2. Jahrgang, veröffentlicht worden sind, geben uns doch ein etwas anderes Bild über das Wachstum der Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren, als einige jüngere Gewerkschaftsagitatoren in ihrem wüßlichen Eifer für ihre Organisationen es darzustellen beliebten.

Nach diesen statistischen Aufstellungen, den einzigen, die wir in dieser Sache überhaupt haben (in einer Note zieht der Bericht dann noch die neueste Statistik der Gewerkschaften an, in der er auch einen Beweis findet, daß die Gewerkschaften im Verhältnisse zur Partei gewachsen sind), betrug die Zahl der in Ge-

